Bitkom e.V. | Presseinformation

Bitkom zur Cybersecurity-Governance

- **Heute will das Kabinett die Cybersecurity-Governance für die Bundesverwaltung beschließen**

Berlin, 22. Juli 2026 – Das Bundeskabinett will heute die Cybersecurity-Governance für die Bundesverwaltung beschließen. Sie soll regeln, wie das BMDS die NIS-2-Vorgaben in der Bundesverwaltung umsetzt, um die Cybersicherheit nachhaltig zu stärken. Dazu erklärt Susanne Dehmel, Mitglied der Bitkom-Geschäftsleitung:

„Die neue Cybersecurity-Governance für die Bundesverwaltung ist ein wichtiger Schritt für mehr IT-Sicherheit in der Verwaltung. Die Sicherheitsdefizite sind seit Jahren bekannt, und selbst der bereits seit 2017 geltende IT-Grundschutz ist noch nicht flächendeckend umgesetzt. Die neue Struktur muss daher rasch handlungsfähig werden, klare Verantwortlichkeiten schaffen und die Umsetzung nachvollziehbar steuern.

Gerade in besonders sensiblen Bereichen der Bundesverwaltung können Sicherheitslücken nicht nur erhebliche finanzielle Schäden verursachen, sondern auch die staatliche Handlungsfähigkeit und das Vertrauen in demokratische Institutionen beeinträchtigen. Die im Haushalt vorgesehenen 500 Millionen Euro für die IT-Sicherheit des Bundes müssen deshalb an eine belastbare Cybersicherheitsstrategie, nachgewiesene Bedarfe und konkrete Ziele geknüpft werden. Geld allein schafft noch keine Cybersicherheit.

NIS-2-Vorgaben, Security-by-Design und verpflichtende Sicherheitsprüfungen durch das BSI müssen konsequent in Planung, Vergabe und Umsetzung verankert werden. Zugleich braucht es ein wirksames Controlling und Prüfverfahren, mit denen sich Fortschritte ebenso wie verbleibende Lücken zuverlässig messen lassen.“

Kontakt

Merle Wiez
Pressereferentin
Telefon: +49 30 27576-274
E-Mail: m.wiez@bitkom.org
Download Pressefoto

Felix Kuhlenkamp
Leiter Sicherheit
Download Pressefoto
Nachricht senden

Direktlink: ***https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Bitkom-zur-Cybersecurity-Governance***